

ANTRAG AN DAS WIRTSCHAFTSPARLAMENT
der Wirtschaftskammer Niederösterreich am 10. Mai 2023

„Netzausbau für Energiewende beschleunigen“

Beschluss:

Die Wirtschaftskammer Niederösterreich möge an das Land NÖ und an die Wirtschaftskammer Österreich mit dem Anliegen herantreten, dass Rahmenbedingungen geschaffen werden, die auf Bundes- sowie auf Landesebene den Ausbau der Infrastruktur für erneuerbare Energien wirtschafts- und sozialverträglich beschleunigen.

Begründung:

Bereits im letzten Jahr wurde beim Wirtschaftsparlament der Antrag „Rahmenbedingungen für Energiewende schaffen“ beschlossen, der sich insbesondere auf die Errichtung von Erzeugungsanlagen fokussiert hat und dabei Genehmigungsverfahren, das Förderregime und Technologieneutralität zum Inhalt hatte.

Neben dem Ausbau der erneuerbaren Energieerzeugungsanlagen ist es wesentlich, die für diese Energieformen notwendige Infrastruktur innerhalb Österreichs und zum Anschluss an die Nachbarländer ebenfalls zu planen, zu errichten und zu betreiben. Die Energiewende kann wirtschafts- und sozialverträglich nur funktionieren, wenn dazu auch die entsprechende Infrastruktur vorhanden ist.

Strom

Für den weiteren Erfolg der Energiewende ist der rasche Ausbau der Strominfrastruktur (Leitungen und Umspannwerke) besonders maßgeblich. Dies erhöht zusätzlich die Versorgungs- und Krisensicherheit. Der fehlende Netzausbau verursacht bereits jetzt (durch Abschaltungen oder nicht machbaren Import) Kosten von ca. 2 Milliarden Euro jährlich.

Abgestimmte Planungen des Ausbaus erneuerbarer Energien (insbesondere Wind, PV, Wasser), Sicherung der dafür notwendigen Flächen und eine darauf abgestimmte Planung und Sicherung der Flächen auch für die Netzinfrastruktur sind dafür notwendig.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass Finanzierungs- und Fördersysteme gewählt werden, die den Strompreis nicht noch weiter erhöhen. Es ist daher eine vorwärtsgewandte modernisierte Regulierung notwendig, die eine gesicherte langfristige Kapitalausstattung für die Umsetzung des massiven Investitionsprogramms zur Erreichung der ambitionierten österreichischen und europäischen Klimaziele ermöglicht und gesetzlich verankert. Das derzeit in Vorbereitung befindliche Strommarktgesetz soll die Grundlagen schaffen, dass wesentliche Bausteine einer modernen und nachhaltigen Regulierung spätestens ab 2024 umgesetzt werden können.

Hinsichtlich des Strompreises ist - wie zuletzt auch durch die EU-Kommission angekündigt - eine Überarbeitung des „Merit-Order-Prinzips“ notwendig, um auch in Krisenzeiten weiterhin leistbare Energie zur Verfügung zu haben. Steigende Strompreise aufgrund eines Energieträgers sollen jedenfalls nicht die Preise für bereits subventionierten Ökostrom erhöhen.

Grüingase (Biomethan/Wasserstoff)

Biomethan und Wasserstoff sind wesentliche Säulen einer zukünftigen Energieversorgung. Biomethan kann direkt in das Erdgasnetz eingespeist und dort zu den Verbrauchern geleitet werden. Um die Potenziale für Biomethan zu heben ist eine Biomethan-Strategie notwendig, die Flächen für mittelgroße bis große Erzeugungsanlagen im Umkreis der Erzeuger von Ausgangsstoffen (Abfälle aus Gewerbe und Landwirtschaft) und in Reichweite des Erdgasnetzes für eine Einspeisung sichert.

In der Entwicklungsphase einer Wasserstoffwirtschaft wird eine Priorisierung von Sektoren, die ein besonders hohes Emissionsreduktionspotenzial aufweisen, erforderlich sein. Für diese großen Mengen von Wasserstoff ist langfristig ein Transport im bisherigen Gasnetz notwendig, da insbesondere die Stahlindustrie, die Chemie- und Zementindustrie und auch der Schwerlastverkehr große Abnehmer für reinen Wasserstoff sein werden. Sektoren mit geringerem Emissionsreduktionspotenzial werden zumindest kurz- und mittelfristig weiterhin mit Erdgas versorgt werden müssen.

Wichtig ist daher, sich nicht auf einen einzigen Versorgungspfad zu begrenzen, sondern den optimalen Energiemix zu realisieren, der möglichst kosteneffizient und klimaneutral ist. Für diese Anforderungen ist die aktuelle Gasinfrastruktur jedenfalls aufrecht zu erhalten, damit diese zukünftig nur adaptiert und nicht gänzlich neu errichtet werden muss.

Geothermie

Geothermie kann einen bedeutenden Beitrag zum Erreichen der Energiewende und der Klimaziele leisten. Die im Untergrund gespeicherte Wärme kann zum Heizen und Kühlen von einzelnen Gebäuden bis hin zu ganzen Stadtvierteln oder zur Erzeugung von elektrischer Energie eingesetzt werden.

Dieses Potenzial ist zu heben und dafür ein konkreter Umsetzungsplan zu formulieren. Bei der Entwicklung neuer Stadtteile, aber auch beim Umbau der Energieversorgung bestehender Bereiche, könnte diese Technologie zukünftig damit eine größere Bedeutung erlangen.



KommR Beate Färber-Venz, MSc
Delegierte zum Wirtschaftsparlament



Dr. Helmut Schwarzl
Delegierter zum Wirtschaftsparlament